

Wachstum und effizienter Staat

Die neue Präsidentschaft in Sri Lanka

Jehan Pereira

Sri Lanka hat eine neue Regierung in der Erwartung gewählt, damit in Richtung einer schnellen Entwicklung und eines modernen, effizienten Staates geführt zu werden. Dies ist deutlich anders als im Jahr 2015. Damals erwartete eine Mehrheit der Bevölkerung, dass die gewählte Regierung die Korruption ausrotten und rechtsstaatliche Standards bei der Regierungsführung beachten würde. Was von der jetzigen Erwartung und ihrer Umsetzung zu halten ist, skizziert der Autor.

Der im November gewählte Präsident Gotabaya Rajapaksa erklärte, als er seinen Eid ablegte, dass er keine Korruption zulassen und einen effizient agierenden Staat einrichten werde. Unmittelbar nach seiner Amtsübernahme ergriff der Präsident in der Tat einige Maßnahmen, um die Regierungsführung zu straffen. So beschnitt er die Größe des Kabinetts auf fünfzehn Ministerien. Zuvor waren es durchschnittlich dreißig bis vierzig Kabinettsminister gewesen. Ebenso reduzierte er das Personal, das seinem Büro zugewiesen ist, und er bewohnt sein privates Haus, nicht die Präsidentenresidenz. Ist dies die erwartete Regierungsführung, die aus Sri Lanka einen effizienten und kostengünstigen modernen Staat werden lässt? Oder ist es populäres Interimsmanagement im Hinblick auf die Parlamentswahlen im April 2020, um auch in der gesetzgebenden Versammlung mit einer Mehrheit regieren zu können?

Hinterlassenschaften

Der Sieg von Präsident Gotabaya Rajapaksa hat allerdings auch die Erinnerung an die Zeit vor 2015 wiederbelebt, als Korruption und Straflosigkeit ein hohes Ausmaß erreicht hatten. Die Familie Rajapaksa hatte dabei eine maßgebliche Rolle gespielt. Ebenso sind die Ergebnisse der früheren Wachstumspolitik während der Präsidentschaft von Mahinda Rajapaksa sichtbar und greifbar, dem Bruder des jetzigen Präsidenten und nun Premierminister. Mit Geldgebern aus China wurden Großprojekte fi-

nanziert, die teilweise einfach unbrauchbar sind und eine riesige Verschuldung verursacht haben. Der Schuldendienst nimmt dem Staatshaushalt auf absehbare Zeit fast jede neue Investitionsmöglichkeit. Gotabaya Rajapaksa hatte im Wahlkampf ausgesagt, dass er mit China wieder stärker ins Geschäft kommen will.

Genauso schwer wiegt die Hinterlassenschaft aus rechtsstaatlicher Sicht. Im Norden und Osten des Landes, wo tamilische und muslimische Minderheiten leben, herrscht nach der Präsidentenwahl ein Klima der Angst. Insbesondere diejenigen, die sich in den Jahren 2015 bis 2019 für demokratische Reformen und eine Aufarbeitung der Straflosigkeit eingesetzt haben, befürchten, dass die neue Regierung sie wieder als Feinde des Staates einordnet und politisch verfolgt. Zumindest war es nicht ermutigend, dass die neue Regierung in einer der ersten Amtshandlungen den Leiter der Kriminalpolizei (CID) abgesetzt hat. Dieser hatte unter anderem die Verantwortung für strafrechtliche Ermittlungen in Sachen Korruption gegen Mitglieder der regierenden Partei und ihrer Familien getragen. Ein ermittelnder CID-Beamter, der direkt gegen die Person Gotabaya Rajapaksa ermittelte, floh mit seiner Familie in die Schweiz.

Große Besorgnis hat die Ankündigung der Regierung hervorgerufen, den 19. Verfassungszusatz wieder abschaffen zu wollen. Dieser Verfassungszusatz war im April 2015 verabschiedet worden. Die zuvor umfassenden Eingriffsrechte des Präsidenten in Exe-

kutive und Judikative wurden substantiell beschnitten. Einige Machtbefugnisse wurden auf den Premierminister übertragen und mithin parlamentarischer Kontrolle unterstellt, anderes in unabhängige Kommissionen verlagert, etwa bei der Richterschaft. In den vergangenen fünf Jahren hat diese Verfassungsänderung eine wichtige Stärkung der Unabhängigkeit bei staatlichen Institutionen bewirkt. Die Gewinner der Präsidentenwahl haben hingegen mehrfach öffentlich verkündet, den 19. Verfassungszusatz wieder abschaffen zu wollen, um ungehinderter und schneller regieren zu können.

Es fielen noch andere Aussagen der neuen Regierung zur politischen Beteiligung der Minderheiten in Sri Lanka oder zur Rolle der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisation, die alle eher an die Vergangenheit erinnerten. Sie machten durchaus deutlich, dass zukünftig die gesellschaftlichen Beziehungen in Sri Lanka mehr von Wirtschaft, Wachstum und deren effizienterer Durchsetzung bestimmt sein sollen.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



Jehan Perera ist Direktor des nationalen Friedensrates (*National Peace Council*) und Kolumnist der Tageszeitung *Daily Mirror* in Sri Lanka.